

JOANNA SCHUBEL

Gestaltungsfreiheit
und Gestaltungsgrenzen
im polnischen
Vertragskonzernrecht

*Max-Planck-Institut
für ausländisches und internationales
Privatrecht*

*Studien zum ausländischen
und internationalen Privatrecht
250*

Mohr Siebeck

Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht

250

Herausgegeben vom

Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Privatrecht

Direktoren:

Jürgen Basedow, Holger Fleischer und Reinhard Zimmermann



Joanna Schubel

Gestaltungsfreiheit und
Gestaltungsgrenzen
im polnischen Vertragskonzernrecht

Mohr Siebeck

Joanna Schubel, geboren 1979; Studium der Rechtswissenschaft in Krakau und Heidelberg; 2004–2007 Graduiertenkolleg an der Andrassy Universität Budapest; 2009 Promotion; Associate in der Rechtsanwaltskanzlei DZP in Warschau.

e-ISBN PDF 978-3-16-151435-7

ISBN 978-3-16-150243-9

ISSN 0720-1141 (Studien zum ausländischen und internationalen Privatrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2010 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Nädle in Nehren gebunden.

Vorwort

Jahrzehntlang folgten nur wenige Länder dem Vorbild des deutschen Aktiengesetzes von 1965 und erließen gesetzliche Vorschriften für ein Vertragskonzernrecht. Der Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft hat nun jedoch in ostmitteleuropäischen Staaten Reformen des Gesellschaftsrechts veranlasst, die teilweise auch für vertragskonzernrechtliche Regelungen gesorgt haben. Die vorliegende Untersuchung konzentriert sich auf die Vorschriften des polnischen Gesetzbuches für Handelsgesellschaften (KSH) aus dem Jahre 2000 und berücksichtigt zudem das ungarische Konzernrecht von 2006. Sie möchte den Beteiligten inländischer und grenzüberschreitender Unternehmensgruppen Wege aufzeigen, ihre Beziehungen unter Berücksichtigung unterschiedlicher Gruppenstrategien rechtssicher zu gestalten. Darüber hinaus sollen der deutschen und internationalen Diskussion auf dem Gebiet des Konzernrechts die – den Ansatz des deutschen Aktiengesetzes fortentwickelnden – Konzepte des neuen polnischen und ungarischen Rechts erschlossen werden.

Die Arbeit wurde in den Jahren 2004 bis 2007 am Internationalen und Interdisziplinären Graduiertenkolleg „Die Zukunft Mitteleuropas in der Europäischen Union“ der Andrassy Universität Budapest angefertigt und im Sommersemester 2008 an der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation eingereicht. Für die Veröffentlichung sind Gerichtsentscheidungen und Beiträge des Schrifttums bis einschließlich April 2010 berücksichtigt worden. Mein Dank gebührt zunächst der Robert-Bosch-Stiftung für die Gewährung eines Promotionsstipendiums, das mir die Teilnahme am Budapester Graduiertenkolleg ermöglicht hat. Bei Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff habe ich mich für viele Dinge zu bedanken, angefangen von der Vorlesung zum Gesellschaftsrecht an der Krakauer Schule des Deutschen Rechts im Sommersemester 2001, die mein Interesse an der Rechtsvergleichung geweckt hat, bis hin zur raschen Anfertigung des Erstgutachtens. Herrn Prof. Dr. Hans-Jürgen Hellwig schulde ich Dank für die ebenso zügige Anfertigung eines Zweitgutachtens, Herrn Prof. Dr. Dr. h.c. Jürgen Basedow für die Aufnahme in die Schriftenreihe des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Privatrecht. Ohne die Ermutigung meiner Eltern, Maria

und Ryszard Bocian, hätte ich im Jahr 2004 mein Promotionsprojekt nicht in Angriff genommen. Hierfür danke ich Ihnen herzlich.

Warschau, den 5. August 2010

Joanna Schubel

Inhaltsübersicht

Abkürzungsverzeichnis.....	XXII
Einführung.....	1
1. Teil Gesetzliche Grundlagen	
§ 1 Entstehung der konzernrechtlichen Regelungen im KSH	7
§ 2 Überblick über das kodifizierte Konzernrecht und den Stand der Diskussion.....	46
§ 3 Grundlegung des Konzernvertrages im polnischen Recht.....	131
2. Teil Privatautonome Ausfüllung	
§ 4 Bestimmung der konzernvertraglichen Gestaltungsgrenzen	201
§ 5 Vertragskonzernrechtliche Regelungsmodelle im internationalen Rechtsvergleich.....	347
§ 6 Gestaltungsmöglichkeiten für den Konzernvertrag im polnischen Recht.....	440
Literaturverzeichnis.....	535
Sachregister.....	563

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Abkürzungsverzeichnis.....	XXII

Einführung.....	1
-----------------	---

1. Teil: Gesetzliche Grundlagen

§ 1 Entstehung der konzernrechtlichen Regelungen im KSH.....	7
A. Überblick über die Entwicklung des polnischen Gesellschaftsrechts im 20.Jahrhundert	7
I. Das Handelsgesetzbuch von 1934	7
II. Grundlegende Neukodifikation des Gesellschaftsrechts durch das KSH.....	12
1. Arbeiten der Kodifikationskommission	12
2. Ziele und Grundsätze der gesetzlichen Neuregelung	12
3. Grundzüge des neuen Rechts	15
B. Zur ersten Etappe der Konzernrechtsdiskussion in den 90er Jahren	20
I. Überblick über die beiden Etappen der konzernrechtlichen Diskussion	20
II. Wichtige Themen der ersten Etappe	20
III. Regelungsvorschlag von <i>Susz-Kramarska</i>	23
IV. Würdigung des Vorschlags von <i>Susz-Kramarska</i>	26
1. Orientierung am deutschen AG-Konzernrecht	26
2. Anregungen aus dem Konzept der organischen Konzernverfassung.....	27
a. Einführung.....	27

b.	Konzept der organischen Konzernverfassung.....	27
c.	Schlussfolgerungen	30
3.	Bedeutung des Vorschlags für das Verständnis des kodifizierten Konzernrechts	31
V.	Würdigung der ersten Etappe der Konzernrechtsdiskussion	33
C.	Zur zweiten Etappe der Konzernrechtsdiskussion in den 90er Jahren	34
I.	Aussagen zum Konzernrecht in der KSH-Begründung	34
II.	Änderungen der konzernrechtlichen Bestimmungen in den KSH-Entwürfen	36
III.	Wissenschaftliche Diskussion.....	38
IV.	Würdigung der zweiten Etappe der Konzernrechtsdiskussion	40
1.	Zu den Aussagen der KSH-Begründung.....	40
2.	Änderung wichtiger Institute im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens.....	42
3.	Zur Unergiebigkeit der wissenschaftlichen Diskussion	42
D.	Resümee: Erste Erkenntnisse zum Konzept des KSH-Konzernrechts	43
§ 2	Überblick über das kodifizierte Konzernrecht und den Stand der Diskussion	46
A.	Ziele und Gang der Untersuchung	46
B.	Konzernrechtliche Regelungen im Allgemeinen Teil des KS.....	48
I.	Beherrschung und Abhängigkeit	48
1.	Zur „Eingangstor-“ und zur Schlüsselfunktion der Regelung	48
2.	Überblick über die gesetzliche Definition	50
a.	Aufzählung der Beherrschungstatbestände	50
b.	Ergänzung der Beherrschungstatbestände.....	51
c.	Verbundene Gesellschaft	51
3.	Kontroversen im Schrifttum.....	52
4.	Resümee zum Stand der Diskussion	57
5.	Suche nach möglichen Vorbildern	58
a.	Deutsches Konzernrecht	59
b.	Begrifflichkeit in den Europäischen Gesellschaftsrechtsrichtlinien	63
6.	Schlussfolgerungen	67

II. Publizität.....	70
1. Überblick über die gesetzliche Regelung und über den Stand der Diskussion	70
a. Einführung	70
b. Mitteilungspflicht aus Art. 6 § 1 KSH	72
c. Auskunftsrechte aus Art. 6 § 4 KSH	74
2. Zwischenergebnis	77
III. Verträge über eine Leitung der abhängigen Gesellschaft und eine Gewinnabführung	80
1. Überblick über die Regelung in Art. 7 KSH	80
2. Zwischenergebnis	83
IV. Weitere für Konzerne relevante Vorschriften.....	84
C. Konzernrechtliche Regelungen im Recht der SPZOO und der SA ...	85
I. Erforderlichkeit eines Zustimmungsbeschlusses für Verträge gemäß Art. 7 KSH	86
1. Überblick über die Regelung	86
2. Stand der Diskussion und offene Fragen	89
II. Doppelmandate	92
1. Überblick über die Regelung	92
2. Kontroversen im Schrifttum	92
3. Rechtsvergleichung als Auslegungshilfe.....	94
a. Einführung	94
b. Berücksichtigung personeller Verflechtungen im deutschen Aktienrecht	94
4. Schlussfolgerungen für die polnische Regelung	98
III. Auskunftsrecht der Aktionäre/Auskunftsverweigerung	101
1. Überblick über die Regelung	101
2. Bedeutung der Regelung für Konzernverhältnisse.....	101
IV. Weitere für Konzerne relevante Vorschriften	104
D. Grundzüge der konzernrechtlichen Diskussion	105
I. Einfluss rechtswissenschaftlicher Diskussionen auf die Gesetzgebung	105
II. Bewertung der Teilregelung des Konzernrechts im Schrifttum	108
III. Zur konzeptionellen Verortung des polnischen Konzernrechts durch das Schrifttum	111
1. Fragestellung	111
2. Konzernrecht als Schutzrecht?	112
3. Beitrag zum Konzernorganisationsrecht	115

E.	Resümee.....	118
I.	Grundzüge des kodifizierten polnischen Konzernrechts	118
II.	Zum Stand der Diskussion im Konzernrechtsschrifttum.....	121
F.	Problemaufschluss: Blick auf das deutsche Vertragskonzernrecht	124
I.	Zum Vorgehen.....	124
II.	Grundzüge des Beherrschungsvertrages im deutschen Recht.....	125
III.	Grundzüge des Gewinnabführungsvertrages im deutschen Recht.....	129
IV.	Fazit.....	130
§ 3	Grundlegung des Konzernvertrages in polnischen Recht	131
A.	Einführung.....	131
I.	Zu klärende Fragen.....	131
II.	Entstehungsgeschichte und Inhalt von Art. 7 KSH	133
B.	Wesentliche Aspekte der Problematik.....	135
I.	Zulässigkeit der Konzernverträge	135
1.	Problemstellung in der polnischen Diskussion	135
a.	Grundlegende Kontroversen	136
b.	Spezielle Diskussion über Gewinnabführung	140
aa.	Bedeutung der Problematik	140
bb.	Problemstellung im Schrifttum.....	141
2.	Stellungnahme.....	143
a.	Zum Stand der Diskussion.....	143
b.	Weitere Argumente und Ergebnis	147
II.	Zulässigkeit der einheitlichen Konzernleitung	149
1.	Sichtweise des polnischen Schrifttums.....	150
2.	Stellungnahme.....	152
a.	Einwände gegen die Zulässigkeit der einheitlichen Konzernleitung	152
b.	Argumente für eine Zulässigkeit der einheitlichen Konzernleitung	155
III.	Zur Zulässigkeit einer Verfolgung von Konzerninteressen und einer Nachteilszufügung.....	160
1.	Stand der Diskussion.....	160
2.	Stellungnahme.....	162
IV.	Regelung der Haftung in Art. 7 KSH	164

1.	Fragestellung im polnischen Schrifttum	164
2.	Wissenschaftliche Diskussion.....	165
a.	Art. 7 KSH als Grundlage einer speziellen Konzernhaftung	166
b.	Einwände gegen eine Verankerung der Konzernhaftung in Art. 7 KSH.....	168
3.	Stellungnahme zur Diskussion über die Haftungsregelung in Art. 7 KSH	170
C.	Grundlegung des Regelungsauftrags in Art. 7 KSH	175
I.	Das bisherige Ergebnis der Untersuchung	175
1.	Allgemeine Einordnung von Art. 7 KSH	175
2.	Konzernvertragliche Gestaltungsfreiheit	176
3.	Zulässigkeit einheitlicher Konzernleitung.....	176
4.	Unbeantwortete Schutzfrage	178
II.	Gesetzlicher Regelungsauftrag.....	179
1.	Die These	179
2.	Grundzüge eines Regelungsauftrags.....	179
3.	Einordnung in das gesetzgeberische Gesamtkonzept.....	182
4.	Auslegung von Art. 7 KSH.....	186
a.	Zum Vorgehen.....	186
b.	Kein anderes Gesetzgebungsinstrument.....	186
c.	Fehlende inhaltliche Regelung durch den Gesetzgeber	189
d.	Schlüsse aus Art. 7 § 1 KSH auf die Gegenstände des Regelungsauftrags.....	190
e.	Kein genereller Einwand aus Art. 7 § 2 KSH	193
III.	Zusammenfassung: Das Regelungskonzept des Art. 7 KSH....	195
D.	Zum Fortgang der Untersuchung	196

2. Teil: Privatautonome Ausfüllung

§ 4	Bestimmung der konzernvertraglichen Gestaltungsgrenzen.....	201
A.	Einführung.....	201
B.	Treupflicht als Lösungsansatz.....	204
I.	Einführung	204

II.	Treubindungen im polnischen Gesellschaftsrecht	205
1.	Rechtsprechung	205
2.	Erste Schlussfolgerungen.....	209
a.	Zur Geltung der Treubindung bei verschiedenen Gesellschaftsformen	209
b.	Rechtliche Grundlagen der Treubindung	210
c.	Inhalt der Treubindung.....	211
d.	Zur „Richtung“ der Treubindung	211
e.	Zusammenfassung	212
3.	Meinungsstand im Schrifttum.....	213
a.	Grundlegende Rolle der Dogmatik aus den 30er Jahren	214
b.	Moderne Dogmatik	214
aa.	Einführung in die Diskussion.....	214
bb.	Rechtsformübergreifendes Verständnis der Treubindung	215
cc.	Ablehnung eines rechtsformübergreifenden Verständnisses der Treubindung.....	217
c.	Argumente aus dem KSH	218
d.	Resümee	219
4.	Schlussfolgerung.....	221
III.	Treupflichten im Konzern	221
1.	Polnische Dogmatik	221
a.	Ansätze für eine treupflichtgesteuerte Konzernhaftung.....	221
b.	Erste Bewertung und Überlegungen zum Fortgang der Untersuchung	224
2.	Konzept eines treupflichtgesteuerten Konzernrechts für den faktischen GmbH-Konzern.....	226
3.	Konzeption eines treupflichtgesteuerten AG-Konzernrechts	233
4.	Resümee zur deutschen Diskussion	238
5.	Zu den Umrissen eines treupflichtgesteuerten Konzernrechts in Polen	240
a.	Einführung	240
b.	Unterschiede zwischen dem polnischen und dem deutschen Konzernrecht....	241
c.	Rechtliche Grundlage der Treubindungen im Konzern.....	242
d.	Treubindungen als Schranke der Einflussausübung auf eine abhängige Gesellschaft	244
e.	Konzerneingangsschutz aus der Treubindung	245

IV. Ausblick	246
C. Durchgriffskonzepte als Lösungsansatz	247
I. Einführung	247
II. Trennungsprinzip im Gesellschaftsrecht	248
1. Gesetzliche Lage	248
2. Ausgangspunkt für Durchgriffsüberlegungen	249
III. Überlegungen zur Durchgriffslehre ohne Konzernbezug	251
1. Einführung	251
2. Zurechnungs- und Haftungsdurchgriff	252
3. Zusammenfassung	255
IV. Durchgriffsüberlegungen mit Konzernbezug	256
1. Einführung	256
2. Rechtsmissbrauch: Lösungsvorschlag und Würdigung	256
3. Deliktsrechtliche Ansätze	258
a. Zuordnung der Haftung, Verschuldensprinzip und Generalklausel	258
b. Haftung der herrschenden Gesellschaft gemäß Art. 415 KC	260
c. Haftung der herrschenden Gesellschaft als „Anstifter“ (Art. 422 KC)	262
aa. Rechtsgrundlage	262
bb. Konzernfall	263
d. Haftung des Beauftragenden (Art. 430 KC)	263
aa. Rechtsgrundlage	263
bb. Konzernfall	265
e. Haftung der herrschenden Gesellschaft auf der Grundlage von Art. 416 KC	266
aa. Rechtsgrundlage	266
bb. Konzernfall	266
f. Würdigung der deliktsrechtlichen Ansätze für die Konzernfälle	267
V. Ausblick	270
D. Haftung der faktischen Geschäftsführer als Lösungsansatz	271
I. Einführung	271
II. <i>Analogia legis</i> zu Art. 299 KSH	272
1. Ansätze im Schrifttum	272
a. Rolle der Regelung im Gläubigerschutzsystem	273
b. Konzernrechtlicher Ansatz	276
2. Rechtsvergleichender Blick	279
a. Einführung	279
b. Französische <i>action en comblement du passif</i>	280

c.	Britische <i>wrongful trading</i> -Haftung.....	283
3.	Erste Schlussfolgerungen	286
III.	<i>Analogia legis</i> zu Art. 293 und Art. 483 KSH.....	287
IV.	Würdigung und Ausblick.....	288
E.	Zu den Perspektiven eines polnischen Konzernhaftungsrechts	291
F.	Allgemeine Rechtsgrundsätze in der polnischen Rechtsordnung	294
I.	Einführung.....	294
1.	Zweck der Untersuchung	294
2.	Rechtstheoretische Einordnung der Grundsätze im Rechtssystem	295
a.	Begriff des Grundsatzes.....	295
b.	Rolle des Grundsatzes bei Normauslegung	297
II.	Die Rechtsgrundsätze des Gläubigerschutzes und des Minderheitsgesellschafterschutzes im Kapitalgesellschaftsrecht	298
1.	Zur Bedeutung der Grundsätze im Kapitalgesellschaftsrecht	298
2.	Erste Schlussfolgerungen für das Konzernrecht – Konzernprivileg?	300
III.	Verfassungsrechtlicher Schutz der Minderheitsaktionäre	302
1.	Fragestellung	302
2.	Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs.....	303
a.	Zu den Streitfragen	303
b.	Recht auf Ausgleich für entzogene Vermögensrechte	304
c.	Recht auf Überprüfung der sachlichen Rechtfertigung	305
3.	Ergebnisse.....	307
a.	Allgemeine Auswertung der Rechtsprechung.....	307
b.	Erste Schlussfolgerungen für das Konzernrecht	308
IV.	Resümee	310
G.	Europarechtliche Vorgaben	312
I.	Einführung.....	312
II.	Die Rechtsgrundsätze des Gläubigerschutzes und des Minderheitsgesellschafterschutzes im Europäischen Recht	313
1.	Primäres Gemeinschaftsrecht.....	313
2.	Sekundäres Gemeinschaftsrecht	316
a.	Einführung.....	316

b.	Zu einzelnen Regelungen.....	318
aa.	Publizitäts-, Bilanz- und Konzerbilanzrichtlinie	318
bb.	Kapitalrichtlinie.....	321
c.	Resümee	323
III.	Europäischer Kapitalschutz und Konzernrecht.....	324
1.	Einführung und Fragestellung.....	324
a.	Zum europäischen Kapitalschutz.....	324
b.	Stand der Diskussion in Polen.....	326
2.	Überlegungen deutscher Autoren zur Auslegung der 2. Richtlinie im Hinblick auf das Konzernrecht	327
a.	Einführung.....	327
b.	Erste Grundposition: Keine Bereichsausnahme für das Konzernrecht	329
c.	Zweite Grundposition: Anerkennung einer Bereichsausnahme für das Konzernrecht	333
3.	Stellungnahme zur Diskussion in Deutschland	334
4.	Schlussfolgerungen für das polnische Konzernrecht	337
a.	Gebot der richtlinienkonformen Auslegung des nationalen Gesellschaftsrechts	337
aa.	Dogmatische Einführung	337
bb.	Zur richtlinienkonformen Auslegung des polnischen Gesellschaftsrechts	340
b.	Grundzüge einer richtlinienkonformen Auslegung des polnischen Konzernrechts	342
IV.	Resümee	344

§ 5 Vertragskonzernrechtliche Regelungsmodelle im internationalen Rechtsvergleich

A.	Einführung: Die Rechtsvergleichung als Ergänzungsmethode für das polnische Konzernrecht.....	347
B.	Deutsches Vertragskonzernrecht	349
I.	Überblick.....	349
II.	Zum Regelungskonzept des deutschen Konzernrechts.....	350
1.	Auf das AktG beschränkte gesetzliche Regelung	350
2.	Vertragskonzerne versus Nichtvertragskonzerne.....	351
3.	Schutzrecht für die einzelnen Gesellschaften als Grundkonzept.....	354
III.	Das Schutzsystem für den Beherrschungsvertrag.....	355
1.	Grundidee des Schutzsystems	355

2.	Schutz der außenstehenden Aktionäre	355
a.	Überblick	355
b.	Instrumente des vermögensrechtlichen Schutzes	357
3.	Schutz des Gesellschaftsvermögens	360
4.	Sicherheitsleistungen bei Beendigung des Konzernvertrages	362
IV.	Entherrschungsvertrag	363
V.	Verdeckte Beherrschungsverträge	367
1.	Einführung in die Problematik	367
2.	Fallgruppen	368
3.	Zur Diskussion über die Rechtsfolgen	369
4.	Resümee	372
VI.	Beherrschungsverträge im GmbH-Recht	372
1.	Einführung	372
2.	Zum Grundkonzept des GmbH-Bherrschungsvertrags	373
3.	Voraussetzungen des Beherrschungsvertrags	375
4.	Inhalt des Beherrschungsvertrags	376
5.	Satzungsregelung statt Beherrschungsvertrag?	379
6.	Zusammenfassung	381
VII.	Resümee	382
C.	Konzernrecht für Europa	386
I.	Einführung	386
II.	Zum konzeptionellen Ansatz	388
1.	Kernbereichsharmonisierung durch Mindestregeln	388
2.	Organisations- und Schutzrecht	389
3.	Anwendungsbereich	390
III.	Gruppenbegriff: Kontrolle	391
IV.	Gruppenleitung	392
1.	Einführung	392
2.	Konzernleitung auf der Grundlage der Rozenblum-Formel	392
a.	Einführung	392
b.	Zur Rozenblum-Formel im französischen Recht	393
c.	Vorschläge des Forums	397
3.	Leitung auf der Grundlage einer Konzernerkklärung	397
V.	Schutz der durch die Gruppe gefährdeten Interessen	398
1.	Ausgangsüberlegungen	398
2.	<i>Wrongful trading</i> -Haftung	399
3.	Sanktionen für eine Verletzung der Rozenblum-Formel	401
4.	Schutz bei Leitung aufgrund Konzernerkklärung	401

a.	Verlustausgleichspflicht	401
b.	Anspruch auf Sicherheitsleistung	402
c.	Direkte Entschädigung der Minderheitsgesellschafter	402
VI.	Zur Aufnahme der Vorschläge	403
1.	Allgemeine Bewertung des Projekts	403
2.	Konzerndefinition und Konzernarten	404
3.	Schutzaspekte	406
4.	Bisherige Wirkung der Vorschläge auf Ebene der Gemeinschaft	407
VII.	Resümee	408
D.	Ungarisches Recht	412
I.	Überblick	412
II.	Einflusswerb	414
III.	Anerkannte Unternehmensgruppe	417
1.	Voraussetzungen für die anerkannte Unternehmensgruppe	417
2.	Zweck eines Beherrschungsvertrages	419
3.	Inhalt eines Beherrschungsvertrages	420
a.	Charakter der gesetzlichen Regelung	420
b.	Regelung der Zusammenarbeit und der Selbstständigkeitsbeschränkungen	421
c.	Kompensatorische Maßnahmen	425
4.	Rechtsfolgen	428
a.	Überblick	428
b.	Schutzregelungen	429
c.	Zur Reichweite des Konzernprivilegs	431
d.	Resümee	432
IV.	Tatsächliche Unternehmensgruppe	432
V.	Resümee	436
§ 6	Gestaltungsmöglichkeiten für den Konzernvertrag im polnischen Recht	440
A.	Polnisches Konzernrecht: Resümee	440
I.	Zur Entstehung der konzernrechtlichen Regelungen – These über geregelt und latentes Konzernrecht	440
II.	Zum Inhalt des kodifizierten Konzernrechts	443
1.	Überblick	443
2.	Breit ansetzendes Beherrschungskonzept	443

3.	Bemühungen um eine Transparenz der Konzernverhältnisse	444
4.	Inhaltliche Ausfüllung des Konzernvertrages durch Regelungsaufträge	446
III.	Zu wichtigen Elementen des latenten Konzernrechts	450
1.	Konzernhaftung	450
2.	Gläubiger- und Minderheitsgesellschafterschutz	452
3.	Folgen	454
IV.	Ergänzende Überlegungen zur konzeptionellen Verortung des polnischen Konzernrechts	454
1.	Noch offene Fragen	454
2.	Vertragskonzerne versus Nichtvertragskonzerne	454
3.	Schutz- und Organisationsrecht	457
B.	Ausfüllung des Regelungsauftrags – rechtssichere Optionen	458
I.	Ausgangsüberlegungen	458
II.	Zentralisiertes Konzernleitungsmodell	459
1.	Einführung	459
2.	Regelung der Konzernleitung im Vertrag	460
a.	Mittel der einheitlichen Konzernleitung	461
b.	Adressat der einheitlichen Konzernleitung	465
c.	Auswirkungen auf Zuständigkeiten der anderen Gesellschaftsorgane	466
d.	Inhalt der einheitlichen Konzernleitung	470
3.	Kompensatorische vertragliche Maßnahmen	472
a.	Vorbilder im europäischen Ausland	472
b.	Ausgewählte Probleme der Umsetzung	474
III.	Ausgleichsmodell	477
1.	Vorbilder und Grundzüge des Modells	477
2.	Umsetzung der Rozenblum-Formel durch konzernvertragliche Regelung	478
3.	Zur Ausgestaltung der Konzernleitung	481
4.	Regelung der angemessenen Kompensation	483
5.	Bewertung	485
IV.	Dezentrale und Entherrschungsmodelle	485
1.	Überblick	485
2.	Zulässigkeit dezentraler Modelle	487
3.	Zur Ausgestaltung eines Entherrschungsvertrages	490
4.	Folgefrage: Vollständige Beseitigung der Beherrschungslage?	492
5.	Ausgestaltung sonstiger dezentraler Konzernmodelle	494

a.	Zum spezifischen Gestaltungsbedarf bei dezentralen Strukturen	494
b.	Verringerung von Haftungsrisiken	495
c.	Verankerung Informations- und Konsultationspflichten	497
d.	Dezentral ausgerichtete Konzernführung	499
V.	Zur Kombinationsfähigkeit der Modelle	502
C.	Wichtige Folge- und Umsetzungsfragen	503
I.	Abschluss des Konzernvertrages	504
1.	Parteien	504
a.	Zu den Beteiligungsmöglichkeiten von Personengesellschaften	504
b.	Beteiligung unverbundener Gesellschaften?	505
c.	Mehrseitige Konzernverträge?	507
2.	Beschluss der Gesellschafterversammlung	507
a.	Mehrheitserfordernisse	508
b.	Unterrichtung der Gesellschafter	513
3.	Anmeldung beim Registergericht	515
II.	Kontrolle konzernvertraglicher Kompensation	520
1.	Ausgangsüberlegungen	520
2.	Anfechtungsrecht	522
3.	Registergerichtliche Kontrolle	525
4.	Fazit	529
D.	Europäische Perspektive	530
	Literaturverzeichnis	535
	Sachregister	563

Abkürzungsverzeichnis

ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften/Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Aktiengesellschaft/Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
AktZ	Aktenzeichen
Alt.	Alternative
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BB	Der Betriebs-Berater
Bd.	Band
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofes in Zivilsachen
BOSN	Biuletyn Sądu Najwyższego [Rechtsprechung des Obersten Gerichtes]
BT-Drucks.	Bundestags-Drucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
CPH	Czasopismo prawno-historyczne [Rechtsgeschichtliches Magazin]
DAV	Deutscher Anwaltsverein
DB	Der Betrieb
d. h.	das heißt
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DStR	Deutsches Steuerrecht

Dz. P. P. P.	Dziennik Praw Państwa Polskiego [Gesetzblatt Polens]
Dz. U.	Dziennik Ustaw [Gesetzblatt]
Dz. U. R. P.	Dziennik Ustaw Rzeczypospolitej Polskiej [Gesetzblatt der Republik Polen]
EBOR	European Business Organization Law Review
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ff.	fortfolgende
Fn	Fußnote
FG	Festgabe
FS	Festschrift
GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
Glosa	Glosa – Prawo gospodarcze w orzeczeniach i komentarzach [Glosse – Handelsrecht in Rechtsprechung und Kommentaren]
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GP	Gazeta Prawna [Juristische Zeitung]
GWiG	(ungarisches) Gesetz über Wirtschaftsgesellschaften
h. M.	herrschende Meinung
Hrsg.	Herausgeber
insb.	Insbesondere
i.S.d.	im Sinne des
i.S.v.	im Sinne von
i.V.m.	in Verbindung mit
JOR	Jahrbuch für Ostrecht
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KC	Kodeks cywilny [Zivilgesetzbuch]
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KH	Kodeks handlowy [Handelsgesetzbuch]
KPC	Kodeks postępowania cywilnego [Gesetzbuch des Zivilverfahrens]
KPP	Kwartalnik Prawa Prywatnego [Vierteljahresschrift für Privatrecht]

KRS	Krajowy Rejestr Sądowy [Landes-Gerichtsregister/Gesetz über das Landes-Gerichtsregister]
KSH	Kodeks spółek handlowych [Gesetzbuch der Handelsgesellschaften]
LEX	Polski Serwer Prawa LEX [Polnisches Rechts-Software]
MK	Magyar Közlöny [Ungarisches Gesetzblatt]
MoMiG	Gesetz zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen
MP	Monitor prawniczy [Juristischer Anzeiger]
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NP	Nowe Prawo [Neues Recht]
Nr.	Nummer
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
o. ä.	oder ähnlich
OLG	Oberlandesgericht
OSNC	Orzecznictwo Sadu Najwyższego – Izba Cywilna [Rechtsprechung des Obersten Gerichts – Zivilkammer]
OSP	Orzecznictwo Sądów Polskich [Rechtsprechung Polnischer Gerichte]
OSPİKA	Orzecznictwo Sądów Polskich i Komisji Arbitrażowych [Rechtsprechung Polnischer Gerichte und Schiedsgerichte]
PB	Prawo bankowe [Bankrecht]
Pkt.	Punkt
PiP	Państwo i Prawo [Staat und Recht]
Pos.	Position
PPH	Przegląd prawa handlowego [Rundschau des Handelsrechts]
Prof.	Professor
PS	Prawo Spółek [Gesellschaftsrecht]
PUE	Prawo Unii Europejskiej [Recht der Europäischen Union]
PUG	Przegląd ustawodawstwa gospodarczego [Rundschau der Wirtschaftsgesetzgebung]
RabelsZ	Rabels Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
Rn	Randnummer
RP	Radca Prawny [Rechtsberater]

RPEiS	Ruch Prawniczy, Ekonomiczny i Socjologiczny [Juristische, ökonomische und soziologische Bewegung]
Rs.	Rechtssache
S.	Seite/Satz
SA	Spółka akcyjna [Aktiengesellschaft]
SAP	Sąd Apelacyjny [Berufungsgericht]
SC	Spółka cywilna [Gesellschaft des bürgerlichen Rechts]
SJ	Spółka jawna [offene Gesellschaft]
SKA	Spółka komandytowo-akcyjna [Kommanditgesellschaft auf Aktien]
Slg.	Sammlung der Rechtsprechung des EuGH
SN	Sąd Najwyższy [Oberstes Gericht]
sog.	sogenannte(r)
SP	Studia Prawnicze [Juristische Studien]
SPP	Studia Prawa Prywatnego [Privatrechtliche Studien]
SPZOO	Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością [Gesellschaft mit beschränkter Haftung]
StCyw	Studia Cywilistyczne [Zivilrechtliche Studien]
StudZR	Studentische Zeitschrift für Rechtswissenschaft Heidelberg
TK	Trybunał Konstytucyjny [Verfassungsgerichtshof]
Tz.	Textziffer
u. a.	unter anderem/und andere
u. a. m.	und andere(s) mehr
UmwG	Umwandlungsgesetz
usw.	und so weiter
vgl.	vergleiche
Vorb.	Vorbemerkung
WiRO	Wirtschaft und Recht in Osteuropa
WM	Wertpapier-Mitteilungen
z. B.	zum Beispiel
ZEuP	Zeitschrift für Europäisches Privatrecht
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
zit.	zitiert
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
zł.	złoty
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozess International

Einführung

Das polnische Gesetzbuch der Handelsgesellschaften aus dem Jahr 2000 (KSH) enthält einige Regelungen über herrschende und abhängige Gesellschaften, darunter auch einzelne Bestimmungen über Konzernverträge. Damit findet sich im polnischen Recht zum ersten Mal ein normativer Ansatz für eine Lösung derjenigen Probleme, die beim Tätigwerden mehrerer Gesellschaften in einer Unternehmensgruppe auftreten. Die vorliegende Arbeit will sich vor allem mit zwei – eng miteinander verbundenen – Aspekten einer solchen Konzernierung beschäftigen: Zum einen soll untersucht werden, welche Gestaltungsmöglichkeiten Unternehmen in Polen zur Verfügung stehen, die ihre Zusammenarbeit und wirtschaftliche Betätigung im Rahmen eines Konzernvertrages abwickeln wollen. Zum anderen wird es um eine Bestimmung der Grenzen privatautonomer Ausgestaltungsfreiheit gehen, und zwar in erster Linie im Hinblick auf den Schutz von rechtlich relevanten Interessen der Außenseiter, also der außenstehenden Gesellschafter und der Gläubiger einer abhängigen Gesellschaft.

Angestoßen worden ist die Untersuchung zunächst durch die Besonderheiten, welche die Konzernregelung des polnischen Rechts kennzeichnen. Diese sind hauptsächlich darauf zurückzuführen, dass der Gesetzgeber des KSH ursprünglich eine systematisch geschlossene konzernrechtliche Regelung plante, dann aber von einer umfassenden Kodifizierung dieser Thematik absah. So ist schließlich eine Fassung des Gesetzbuches verabschiedet worden, die zwar verschiedene Einzelvorschriften enthält, welche sich den Konzernproblemen widmen, aber offenbar kein abgestimmtes System des Konzernrechts bilden. In gewisser Weise handelt es sich also um eine stecken gebliebene Regelung, um die nur punktuelle Umsetzung eines eigentlich viel weiter greifenden Kodifizierungsansatzes. Einerseits hat der polnische Gesetzgeber damit deutlich gemacht, dass er die Materie an sich für regelungswürdig hält und nicht etwa aus abweichenden konzeptionellen Überlegungen auf eine konzernrechtliche Regelung ganz verzichten will. Andererseits hat er aber auch zu erkennen gegeben, dass er zum Zeitpunkt der Verabschiedung des KSH noch nicht bereit gewesen ist, zu allen wichtigen Fragen des Konzernrechts definitive Bestimmungen zu treffen. Die Beschäftigung mit den vorhandenen konzernrechtlichen Vorschriften des KSH offenbart dann aber relativ schnell, dass der polnische

Gesetzgeber nicht einfach nur Teile eines einheitlichen Gegenstandes geregelt hat (und andere Teile eben nicht), sondern dass die schließlich mit dem KSH verabschiedeten Vorschriften unbedingt einer Ergänzung bedürfen, um überhaupt funktionsfähig zu sein. Vor diesem Hintergrund lässt sich die These formulieren, dass in Polen zwar durchaus ein einheitliches und systematisch geschlossenes Konzernrecht gilt, das jedoch nur zu einem kleineren Teil bereits kodifiziert ist, während es sich beim größeren Teil um ein latentes Konzernrecht handelt, dessen Inhalt zurzeit noch unbestimmt ist. Von einer solchen Regelung gehen besondere Unsicherheiten für die Wirtschaftsteilnehmer aus, auch für ausländische Investoren, die in Polen eine abhängige Gesellschaft gründen oder sich an einer solchen beteiligen.

Besonders unklar ist die Rechtslage in Bezug auf den Schutz der Außenseiter; so konnte z. B. das rechtswissenschaftliche Schrifttum noch nicht klären, ob es in Polen eine spezielle Konzernhaftung gibt und wie diese eventuell strukturiert sein könnte. Die Gefahren, welche für Außenstehende durch die Tätigkeit von Unternehmensgruppen entstehen, sind der konzernrechtlichen Praxis in Europa längst bekannt; die Gesetzgeber und die Rechtsprechung versuchen auf sehr unterschiedlichen Wegen, diese zu lösen. Da auch in Polen in letzten Jahren immer mehr Konzerne tätig geworden sind,¹ ist es wohl eine reine Zeitfrage, bis in der Praxis die ersten größeren Problemfälle auftreten. Spätestens dann werden die Gerichte oder der polnische Gesetzgeber – vermutlich unter großem Zeitdruck – die fehlenden Teile des Konzernrechts „nachzuliefern“ haben, zumindest lässt sich ein solches Szenarium nicht generell ausschließen. Die Bedrohung mit einer solchen „Nachlieferung“, deren Konturen heute noch völlig unbekannt sind, sorgt für erhebliche Unsicherheit auf der Seite der Wirtschaftsteilnehmer. Diese können die Risiken ihrer unternehmerischen Tätigkeiten in Unternehmensgruppen auf dem polnischen Markt zurzeit weder genau einschätzen, noch diesen Gefahren durch eine entsprechende Gestaltung ihrer Organisation vorbeugen. Hieraus ergibt sich das zentrale Anliegen der Arbeit: Es soll versucht werden, wichtige Konturen des latenten Konzernrechts zu bestimmen und so für die unternehmerische Praxis Orientierungspunkte zu schaffen. Im positiv geregelten Konzernrecht ist der Umriss eines Systems zu befestigen, das den Unternehmen gleichzeitig eine möglichst breite Ausgestaltungsfreiheit bezüglich der Konzernorganisation sichert, ihnen zugleich aber auch ein Höchstmaß an Rechtssicherheit gewährt. In Bezug auf den letzteren Aspekt wird die Untersuchung von der

¹ Die ausländischen Konzerne sollten im Jahre 2006 in Polen ca. 10 000 neue Arbeitsplätze schaffen und somit insgesamt die Position des größten Arbeitgebers erreicht haben – vgl. dazu Pressemeldung *Die Konzerne kommen, bringen die Arbeit mit*, Rzeczpospolita von 8.3.2006.

Überzeugung getragen, dass die Leitung und der Aufbau von Unternehmensgruppen nur unter Wahrung der Interessen Außenstehender – insb. der Minderheitsgesellschafter der beherrschten Gesellschaft und deren Gläubiger – zulässig sein kann.

Im Ergebnis sollen dann für die Praxis exemplarische Ausgestaltungsangebote für die Beziehungen in einem Konzern herausgearbeitet werden. Dagegen stellt sich die vorliegende Arbeit nicht das Ziel, ein dogmatisches Gerüst für die Entwicklung eines geschlossenen Konzernrechtssystems in allen zentralen Aspekten zu formulieren. Selbst wenn sich hierzu eine Lösung präsentieren ließe, so wäre diese aufgrund der Vielfalt von Verankerungsmöglichkeiten rein spekulativer Natur. So soll z. B. zwar untersucht werden, auf welche Rechtsinstitute des polnischen Rechts von den Gerichten oder vom Gesetzgeber eine Konzernhaftung gestützt werden könnte. Es wird dabei aber nicht darum gehen, eine eigenständige Lösung zu entwickeln oder ein bestimmtes Modell als das „richtige“ polnische Konzernrecht vorzustellen. Stattdessen sind die in Frage kommenden Lösungsansätze aufzuzeigen und ihre jeweilige Durchsetzbarkeit abzuschätzen.

Das Anliegen der Arbeit bestimmt den Gang der Untersuchung: In einem ersten Teil soll der Blick zunächst auf die historische Konzernrechtsdebatte und auf ihre Fragestellungen gerichtet werden (im 1. Kapitel). Dabei wird es hauptsächlich darum gehen, nähere Aufschlüsse über das konzernrechtliche Konzept des KSH-Gesetzgebers zu gewinnen, das später nur in einigen gesetzlichen Bruchstücken umgesetzt worden ist, dem aber für die historische Auslegung der vorhandenen Bestimmungen große Bedeutung zukommt. Danach soll untersucht werden, welche konkrete Regelung die konzernrechtlichen Probleme im KSH tatsächlich erfahren haben (im 2. Kapitel). Wichtige Eckpunkte des KSH-Konzernrechts sind darzustellen, einschließlich der mit den Vorschriften verbundenen offenen Fragen, wobei auch immer ein Überblick über den jeweiligen Diskussionsstand im polnischen rechtswissenschaftlichen Schrifttum zu geben ist. Dieser Untersuchungsschritt dient nicht nur der Bestimmung des Ist-Zustandes des polnischen Konzernrechts, sondern soll auch dessen konzeptionelle Grundlagen weiter erschließen helfen. Hierauf aufbauend ist dann mit Art. 7 KSH die zentrale Norm des polnischen Vertragskonzernrechts einer komplexen Analyse zu unterziehen (im 3. Kapitel). Die Analyse wird – was vorwegzunehmen ist – das Ergebnis erbringen, dass Art. 7 KSH einen an die Vertragsparteien gerichteten gesetzlichen Regelungsauftrag enthält. Diese zentrale These der vorliegenden Arbeit bestimmt dann das Vorgehen im zweiten Teil der Arbeit:

Zunächst sollen der Gestaltungsrahmen bzw. die Gestaltungsgrenzen bestimmt werden, welche bei der Erfüllung des Regelungsauftrags beachtet